

3.10 Parteien

Von den Parteien gehen heute nur noch ganz schwache Impulse für eine Verbesserung des Umweltschutzes aus.¹ Zum einen versuchen die etablierten, in den meisten Parlamenten vertretenen Parteien, die Themen zu verfolgen, die (scheinbar) in der Öffentlichkeit im Vordergrund stehen. Seit der Wiedervereinigung Deutschlands ist das die Standortdebatte, in der mit teilweise völlig sinnlosen und falschen Argumenten² ein Zusammenhang zwischen Umweltschutzgesetzen und Wirtschaftskraft hergestellt wird. Ebenso falsch ist auch die Ableitung, daß eine Stärkung der Wirtschaft Arbeitsplätze bringen würde. Statt aber die Diskussion zu hinterfragen und die Argumente auf ihre Richtigkeit zu überprüfen, sind z.B. auch die Grünen auf den Zug der Standortdebatte aufgesprungen und tragen heute weitreichende Fehlentscheidungen mit. Noch mehr gilt das natürlich für die SPD oder andere Parteien.

Zum anderen haben sich außerhalb der Parlamente (teilweise auf kommunaler Ebene sogar in ihnen) weitere Parteien gebildet, darunter auch einige mit einem Schwerpunkt auf dem Umweltschutz. Die bekannteste ist die ÖDP, die von konservativen bis rechten UmweltschützerInnen schon vor längerem gegründet wurde, als innerhalb der Grünen ein Machtkampf zwischen ihnen und gemäßigten oder linken Parteimitgliedern mit dem Austritt der konservativen Gruppe um die Führungsfigur Herbert Gruhl endete (siehe Kap. 3.7). Ebenfalls eine Abspaltung der Grünen ist die Ökologische Linke, mit der Führungsfigur Jutta Dittfurth. Sie verließ die Grünen nach langen Auseinandersetzungen, weil sie den Kurs in die politische Mitte und die Beteiligung an der Macht mit Aufgabe wesentlicher Positionen nicht mittragen wollte. Die Abspaltungen haben die Grünen politisches Profil gekostet und sie auch in Umweltschutzfragen angepaßter agieren lassen.

3.10.1 Bündnis 90/Die Grünen

Die Entstehung der Grünen³

Die 70er und Anfänge der 80er Jahre stellten den Höhepunkt der Umweltschutzaktivitäten "auf der Straße" dar. Zum Ende dieser Zeit kamen noch die großen Friedensdemonstrationen hinzu. Im Mittelpunkt stand der Kampf gegen den Bau von Atomkraftwerken. Geplante atomare Anlagen und die Startbahn West bildeten Schauplätze heftiger Auseinandersetzung. Auf lokaler Ebene gründeten sich Bürgerinitiativen. 1972 entstand der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) als Dachverband mit sehr vielen Mitgliedern und Aktivität (siehe Kap. 3.4). Diese außerparlamentarische und außerverbandliche Arbeitsform⁴ führte zu einer starken Öffentlichkeitswirkung. Anfang der 70er Jahre beeinflussten die Diskussionen auch die herrschende und Umweltschutzideen offene Politik der damaligen, zu Beginn reformorientierten SPD-/F.D.P.-Regierung. Ab Mitte der 70er Jahre wandelte sich die Politik, gleichzeitig bröckelte die Durchsetzungskraft der

Umweltbewegung. Hinzu kamen Querelen und Machtpolitik im Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz, die die Umweltverbände deutlich schwächten. In dieser Zeit beginnenden politischen Stillstandes kam die Idee einer parlamentarischen Arbeit, eines Gangs in die Institutionen,⁵ aus. So gab es z.B. 1977 bei Aktionen rund um das AKW Grohnde einen Aufruf "AKW-Gegner" in die Parlamente.⁶ Verstärkt wurde dieser Prozeß durch den spektakulären Austritt von Herbert Gruhl aus der CDU-Bundestagsfraktion und seine Bemühungen zur Gründung einer Umweltschutzpartei. Auch in Bayern dachte man über eine Partei nach, der Bund Naturschutz mit seiner damals stark konservativen Gesinnung führte Gespräche mit dem Arbeitskreis Unabhängiger Deutscher (AUD), einer heute rechts-extremen Gruppierung. 1975 wurde der BUND bundesweit gegründet. Als Bundesvorsitzender⁷ dabei: Herbert Gruhl. Sein Ziel: Aus dem BUND eine grüne Partei zu formen. Seine UnterstützerInnen kamen vor allem aus Bayern, unter anderem BN-Vorsitzender Hubert Weinzierl (siehe Kap. 3.2.1). Seine GegnerInnen aber waren stärker. Gruhl verließ den BUND und nahm die Mitgliederkartei mit. Damit gründete er die Grüne Aktion Zukunft, die erste "richtige" Umweltpartei. Parallel liefen die Bemühungen zur Gründung einer ökologischen Partei auch an anderen Orten. Obwohl sehr unterschiedliche Personen beteiligt waren, schafften sie die Gründung einer bundesweiten Partei "Die Grünen" bzw. "Grüne Liste". Sie trat erstmals 1979 zur Europawahl an unter dem skurrilen Namen "Sonstige Politische Vereinigung (SPV) – Die Grünen". Zu dieser Zeit hatten die konservativen Kräfte wie Herbert Gruhl noch maßgeblichen Einfluß. Ab 1980 verringerte sich dieser sehr schnell. Ende 1981 war dann die Spaltung klar: Gruhl und andere traten aus und gründeten die ÖDP.

Teilweise schon vor der bundesweiten Gründung der Grünen entstanden Landesverbände und viele lokale Untergliederungen. Aufgrund der sehr unterschiedlichen Ideologien der jeweiligen GründerInnen gab es unterschiedliche Positionen, Namen und viel Streit. Die Grünen wurden als Randgruppe ausgegrenzt, keine etablierte Partei wollte mit ihnen etwas zu tun haben. Doch schon Anfang der 80er Jahre konnte die Partei durchschlagende Wahlerfolge erreichen und festigte sich als parlamentarische Kraft, die im Regelfall die 5%-Hürde überklettern konnte.

Richtungskämpfe

Innerhalb der Grünen zeigte sich von Beginn an, daß sich eine sehr bunte Mischung von Menschen zusammengefunden hatte, denen nur zweierlei gemeinsam war: Die Unzufriedenheit mit der gesellschaftlichen Situation allgemein und mit der fortschreitenden Umweltzerstörung im speziellen. Im Detail, vor allem in nicht-ökologischen Fragen (Abtreibung, AusländerInnenpolitik usw.) zeigten sich gewaltige Unterschiede. Das führte zu erheblichen Spannungen. In einigen Ländern sowie in vielen Kommunen kam es auch nicht zur Vereinigung verschiedener, unabhängig voneinander gegründeter Parteien, zum Teil blieben Grüne, Grüne Liste, Bunte Liste usw. nebeneinander bestehen.⁸

Zwei große Spaltungen bestimmten das Bild der Grünen. Die erste bedeutete eine Abspaltung konservativer Umweltpolitiker um die Führungsfiguren Herbert Gruhl und Baldur Springmann. Sie verließen die Grünen, nachdem sie wegen ihrer Popularität in der Anfangszeit einen erheblichen Einfluß ausüben konnten und im prägenden Themenbereich der Grünen, der Umweltpolitik, die Richtung angaben. Das war für die Konsequenz der umweltpolitischen Forderungen eher günstig, denn die konservativ-ökologischen Kreise haben in der Regel sehr fundamentalistische Umwelt- und Lebensschutzideen.⁹ Je mehr aber bei den Grünen auch andere Politikfelder zum Zuge kamen, desto weniger paßten Gruhl und Umfeld in die Partei. Nach einigen Auseinandersetzungen verließen sie diese und gründeten die ÖDP (aus denen sie einige Jahre später wegen ihrer rechten Positionen ebenso verdrängt wurden, um bei den Unabhängigen Ökologen Deutschlands dann ihren Lebensabend zu fristen, siehe Kap. 3.7). In der Anfangsphase machten die Grünen einen klaren Weg hin zu einem linken politischen Selbstverständnis, in das sie viele weitere Themengebiete aufnehmen wie den Feminismus, den Kampf um eine gerechte Weltordnung und das Selbstbestimmungsrecht von Menschen. Bis Mitte der 80er Jahre konnten so radikale Personen wie Jutta Dittfurth erheblichen Einfluß auf die Grünen gewinnen. Allerdings wurden die Grünen immer mehr zu einer Kaderpartei. Der Kontakt zur Basis riß sehr schnell ab.¹⁰

Mit zunehmenden Wahlerfolgen¹¹ und, ein nicht zu unterschätzender Faktor, dem zunehmenden Alter und Dienstalder der FunktionsträgerInnen verloren die Grünen ihre radikalen Positionen wieder und wandelten sich zu einer Partei ohne besondere Positionen, die (wie alle anderen etablierten Parteien auch) im Krisenmanagement, d.h. in der Bewältigung der alltäglich anfallenden Politikentscheidungen, ihre wesentliche Aufgabe fand. Immer häufiger beteiligten sich die Grünen an der Macht, was wiederum einen starken Anpassungsdruck auslöste und bei der Wahl von FunktionsträgerInnen diejenigen bevorzugte, die bereit waren, "Verantwortung" zu übernehmen.

Ende der 80er Jahre spitzte sich der Streit zu und führte 1990/91 zur zweiten großen Spaltung. Diesmal trennten sich die "Linken" von den Grünen und gründeten ebenfalls sofort wieder eine neue Partei, die "Ökologische Linke". Führungsfigur war Jutta Dittfurth. Bei allen Diskussionen, Streit und Spaltungen ist bemerkenswert, daß es niemals um die Frage ging, ob die Grünen überhaupt als Partei agieren sollten oder ob dieses nur ein Teil von vielen Aktionsfeldern sein sollte. Der abgerissene Kontakt zur Basis aktiver Umweltgruppen schien niemanden zu sorgen, obwohl anfänglich die Mehrzahl der Grünen-FunktionärInnen dort herstammte. Ständige Gremienarbeit und Wahlkampf lenkten den Blick auf andere Arbeitsformen. Nur noch auf kommunaler Ebene blieben einzelne Kontakte bestehen, insbesondere dort, wo die Grünen Oppositionspartei blieben.

Nach der Abspaltung der rechten und linken Parteimitglieder blieb die bürgerlich orientierte Mitte, die "Realos", übrig. Ihre Führungsfigur war Joschka Fischer, der die Grünen sehr stark dominiert.¹² Das zeigte sich z.B. im Bundestagswahlkampf 1994, als Fischer für den Fall einer Regierungsbeteiligung zwei grüne Minister

vorschlug, sich und Ludger Vollmer. Keine Frau – aber trotz Quotenbeschlüssen blieb die Kritik aus, Fischer darf so etwas. Ähnliches geschah bei der Abstimmung über den Bosnieninsatz der Bundeswehr. Ein großer Teil der Bundestagsfraktion um Joschka Fischer stimmte dem Kriegseinsatz zu, trotz der Wurzeln der Grünen in der Friedensbewegung und trotz eines gegenteiligen Parteitagsbeschlusses.

Die Diskrepanz zwischen Macht und Basis zeigt sich bei den Grünen durch die Trennung von Amt und Mandat sehr deutlich.¹³ Das führt dazu, daß die Parteiverbände nicht so stark von den ParlamentarierInnen dominiert werden wie dies in anderen Parteien der Fall ist. So kommt es des häufigeren zu unterschiedlichen Positionen: Die Partei beschließt etwas, aber ihre MandatsträgerInnen entscheiden einfach anders. Bemerkenswerterweise bleiben Folgekonflikte fast immer aus. Die Partei hat sich daran gewöhnt, daß die Ausführenden letztlich die ParlamentarierInnen und diese nicht mehr kontrollierbar sind. Dennoch gelangen immer die gleichen Personen auf die vorderen Listenplätze, denn die Grünen könnten sich ein "Absägen" ihrer Prominenten nicht leisten, ohne schlechtere Wahlaussichten zu haben. Zudem haben sich die "Promis" in der Partei ihre Hausmacht aufgebaut, d.h. sie können sich der Unterstützung einer bestimmten Zahl von Delegierten auf Parteiversammlungen sicher sein.

Der Ostteil der nach der Fusion mit den Westgrünen in Bündnis 90/Die Grünen umbenannten Partei hat eine andere Geschichte.¹⁴ Noch während der letzten SED-Regierung organisierten sich die Umweltschutzgruppen neu. Teil verblieb in konservativen Kreisen, die früher zum Teil die staatsnahe Naturschutzarbeit leisteten (Partner dieser Gruppen wurden der Naturschutzbund und teilweise der BUND). Andere gründeten die Grüne Liga als eigenständigen Ost-Umweltverband mit netzwerkähnlichen Strukturen. Der dritte Teil gründete Parteien, die sich zum "Bündnis 90" zusammenschlossen, um bei der Wahl gemeinsam anzutreten. Ein Teil von ihnen war eher konservativ, was die Übertritte einiger Ost-Grüner zur CDU im Jahr 1997 deutlich machten. Das Bündnis schaffte bei der ersten gesamtdeutschen Wahl den Sprung über die nach Ost und West gesplittete 5-Prozent-Hürde, während die West-Grünen daran überraschend scheiterten. Bei der Wahl 1994 schaffte die fusionierte Partei dann insgesamt den Sprung ins Parlament. Aus dem Bündnis 90 wurden eher bürgerliche Tendenzen in der Partei gestützt, also Joschka Fischer und sein Umfeld. Nur im Detail konnten Ost-Grüne Wirkung auf den Parteikurs entfalten. Neben dem Bündnis 90 gab es im Osten auch Parteiverbände, die sich auch "Grüne" nannten und eher links vom Bündnis standen. Sie wurden schon vor der Fusion mit dem Bündnis 90 Teil der Gesamtpartei der Grünen.

Die Grünen als parlamentarischer Arm der Umweltbewegung?

Die Partei ist aus der außerparlamentarischen Bewegung entstanden. Das ursprüngliche Konzept lautete, einen parlamentarischen "Arm" der Basisgruppen vor allem im Umwelt und Friedensbereich aufzubauen. Die ersten Listen zeigen denn auch Personen, die vorher in verschiedenen Aktionsgruppen oder Zusam-

menschlüssen aktiv waren. Selbst die heute prominenten Alt-Grünen wie Fischer oder Cohn-Bendit waren früher Aktivisten im Häuserkampf oder an der Startbahn West. Viele der anfänglichen Strukturmodelle wie das Rotationsprinzip der MandatsträgerInnen, Beratungskreise mit Basisgruppen und offene Listen spiegelten den Willen wider, nicht unabhängig von denen zu agieren, die "auf der Straße" Druck machten. Und die außerparlamentarischen Gruppen setzten meist viel Hoffnung in die Grünen. Aktive KämpferInnen aus BIs ließen sich auf Listen setzen oder übernahmen Funktionen in der Partei. Nur die großen Verbände wahrten Distanz. Sei es aus Angst, parteipolitisch vereinnahmt zu werden, oder aus deutlicher Nähe zu anderen Parteien¹⁵ oder der Industrie, die Grünen wurden von den großen Umweltverbänden eher distanziert betrachtet. Der Präsident des Deutschen Naturschutzringes, Wolfgang Engelhardt, bezeichnete die Grünen sogar als "Fehlentwicklung" und prophezeite Schaden für den Naturschutz. Bis zum Einzug in den Bundestag traf sich der DNR nie mit der neuen Partei.¹⁶

Im Laufe der Zeit, vor allem aber als Folge des Überspringens der 5%-Hürde und der Übernahme von Regierungsverantwortung in verschiedenen Orten sowie später einigen Kreisen und Ländern wuchsen die Differenzen zwischen außerparlamentarischen Gruppen und den Grünen. Entscheidungen, die aus Koalitionsdisziplin oder Angst um Wählerstimmen getroffen wurden, fielen immer öfter auf Kritik der BIs und anderen Umweltgruppen. Immer weniger GrünenfunktionärInnen fühlten sich in Basisgruppen noch wohl. Sie entschieden sich für das eine oder andere. Immer größere Teile der Grünen kamen gar nicht mehr aus der Umweltbewegung, neben politisch interessierten Menschen ohne BI-Erfahrung suchten KarrieristInnen und SPD-AussteigerInnen den Weg in die Partei. Die Gründung grüner und grünnaher Jugendverbände zeugte ebenfalls davon, daß neue Leute bei den Grünen nicht mehr aus BürgerInnengruppen stammten, sondern aus eigenen Nachwuchsorganisationen heranwuchsen. Zwischen parlamentarischen und außerparlamentarischen Kreisen ging die personelle Verflechtung zurück. Heute sind die Grünen nur noch an einigen Orten in die Umweltschutzarbeit eingebunden. Ähnlich den anderen Parteien ziehen sie einsam ihre parlamentarischen Kreise. Immer häufiger werden sie Zielscheibe der Kritik unabhängiger Umweltschutzgruppen (weniger aus den großen Verbänden, weil deren unter anderem durch viele ParteibuchinhaberInnen hervorgerufene Zurückhaltung gegenüber direkter Kritik an PolitikerInnen sich längst auch auf die etablierten Grünen bezieht). Überregional bedeutsame Entscheidungen wie die Zustimmung zum Kriegseinsatz in Bosnien, zur Mercedes-Teststrecke in Papenburg, zum Betrieb der Atomanlagen in Krümmel oder die grüne Zuständigkeit für Polizeieinsätze gegen CASTOR-Demos¹⁷ haben dazu ebenso beigetragen wie viele regionale und lokale Entscheidungen für neue Straßen, Golfplätze, Energietrassen oder Müllverbrennungsanlagen.

Positionswechsel

Ökologisch, basisdemokratisch, gewaltfrei – so oder ähnlich klangen die Parolen der Grünen in ihrer Gründungszeit. Die pauschalen Begriffe machten deutlich,

daß zunächst noch fundamentale Positionen dominieren: Auflösung der NATO, Ausstieg aus der Atomenergie und vieles mehr. Die heutige Realpolitik hat höchstens noch einen einzigen fundamentalen Punkt, nämlich die GegnerInnenchaft zur Atomkraft. Aber selbst hier beginnt die Programmatik der Grünen zu verwässern. Hessen wird seit Jahren rot-grün regiert, das Umweltressort ist grün. Der Ausstieg aus der Atomenergie verläuft aber eher halbherzig und vor allem verbal.¹⁸ In Schleswig-Holstein gab es Konflikte um Genehmigungen für die Atomanlagen in Krümmel. Die Grünen akzeptierten schließlich, daß die Entscheidungen im Sinne der Atomlobby fielen. Noch aber sind es kleine Punkte. Das Weisungsrecht hat immer der Bund. Kommt es hier eines Tages zu einer rot-grünen Koalition, wird sich zeigen, ob die Grünen ihre letzte fundamentale Position noch umsetzen würden oder auch aufgeben. Besonders deutlich wurde das Verhalten der Grünen in Machtpositionen im Streit um die Einlagerung von CASTOR-Behältern in Ahaus. Die Landes-Grünen wehrten sich kaum, der grüne Polizeipräsident von Münster¹⁷ ging sogar als besonders hart durchgreifender Polizeibefehlshaber in die Geschichte der Anti-Atom-Bewegung ein. Selbst auf massiven Druck auch einiger Kreisverbände der Grünen (die einen radikaleren Anti-Atom-Kurs fahren konnten, weil sie keine Entscheidungsmacht in der Frage trugen) hin mochte Polizeipräsident Wimper nichts anders tun, als immer zu wiederholen, daß er es als seine Aufgabe ansieht, Recht und Gesetz durchzusetzen.

Im Original: Joschka Fischer in der Zeit Nr. 51 (11.12.1992)¹⁹

Wir können natürlich nach wie vor in Ehren alt werden mit der Forderung nach Sofortausstieg. ... Ein Kompromiß scheint mir allerdings nur auf der Grundlage des Sofortausstiegs bei einigen alten Reaktoren akzeptabel.

Jens Petring, grüner Landtagsabgeordneter NRW, in Spunk 10/1997 (S. 7)

Eine trotz Garzweiler II fortbestehende NRW-Koalition wird auch den Weg ebnen für eine Koalition auf Bundesebene trotz Atomkonsens. Langsam aber sicher verschiebt sich unsere Klientel. Während sich einige noch an den sozialdemokratischen (z.B. Matthiesen/Clement) und den vermeintlichen innerparteilichen Fundis abarbeiten, ist bereits eine neue Utopie entstanden: Wir sind die besseren Moderatoren für das Unvermeidliche. Angesichts dieser Entwicklungen bekenne ich: Ich bin ein Realo.

Stärker als in diesen besonderen Konfliktfällen sind die politischen Veränderungen in kleineren Fragestellungen. Grüne PolitikerInnen stimmen inzwischen landauf, landab Müllverbrennungsanlagen zu. In Hessen wird zur Auslastung der Verbrennungsanlage mit Genehmigung der grünen Umweltministerin Sondermüll sogar aus Italien herangeschafft. Auch die Mercedes-Benz-Teststrecke bei Papenburg fand die Tolerierung der Grünen, die damals an der Landesregierung in Niedersachsen beteiligt waren. Neue Straßen sind nur noch selten Anlaß für grüne Einsprüche, neue Gewerbe- und Wohngebiete gehen ohnehin glatt durch. Grüne DezernentInnen entpuppen sich oftmals als besonders gut ausgebildete PlanerInnen, die die Betonierung der Landschaft noch geschickter durch- und umzusetzen wissen. Sie profitieren dabei auch davon, daß rot-grüne Regierungen zu einem nachlassenden Widerstand aus der Umweltbewegung führen, weil z.B. in den etablierten Umweltverbänden viele Parteimitglieder von SPD und Grünen zu finden sind.

Zusätzlich erhalten Einzelpersonen aus den Verbänden oft Posten in Gremien oder als Angestellte in den Verwaltungen, was die Umweltorganisationen zu einer Kooperationslinie mit den Regierenden bringt. Wo Rot-grün regiert, entsteht ein dichter Filz zwischen UmweltschützerInnen und Regierungen. Das Land Hessen, bislang am längsten rotgrün regiert, beweist das sehr deutlich.¹⁸ Fortschritte im Umweltschutz werden mit solchen engen Verbindungen nicht erreicht. In vielen Feldern, z.B. bei der Förderungshöhe von Solarenergie, ist Hessen eher Schlußlicht. Wie eine stichprobenartige Untersuchung des Öko-Instituts in Darmstadt ergab, erweisen sich auch die Staatlichen Ämter nicht als besonders kooperativ in Umweltangelegenheiten, z.B. bei der Bereitstellung von Informationen über Emissionen.²⁰ Noch schlimmer: Hessen ist das Bundesland, wo es am umfangreichsten zu Aktionen der Regierungen gegen Umweltschutzeinrichtungen kommt, die nicht staatsloyal sind. So hetzte ein grüner Baudezernent die Baupolizei auf eine Projektwerkstatt und kritische UmweltschützerInnen wurden per Polizei aus Diskussionsveranstaltungen entfernt (siehe Kap. 5.1.3). Fördergelder sind stark auf die etablierten Umweltverbände konzentriert.

Bemerkenswert ist, daß die Grünen seit einigen Jahren sehr systematisch versuchen, das Image einer "Umwelt"partei loszuwerden. Parlamentarische Initiativen, Presseinformationen, Veröffentlichungen, Veranstaltungen sowie ganz besonders die öffentlichen Auftritte der SpitzenfunktionärInnen ranken sich kaum noch um das Thema Umwelt, sondern um Finanzwirtschaft oder Außenpolitik. Die Grünen versuchen sich als staatstragende Kraft zu profilieren.

Im Original: Auszüge aus einer Rede von Wolfgang Schäuble am 20.9.1997²¹

Die Grünen verdanken ihre ganze Existenz als Partei dem Umweltthema, dafür werden sie noch heute gewählt. Auch ihnen ist aber offensichtlich das Hemd näher als der Rock, sie äußern sich heute lieber zu Themen wie Steuerreform oder Rentenreform oder Gesundheitsreform, zu Fragen der inneren und der äußeren Sicherheit, ...

Joschka Fischer in einem Interview mit der Zeitung Dialog '92 Nr. 2 (zum Deutschen Umwelttag, S. 2) auf die Frage, wie er zu den Beschleunigungsgesetzen steht, obwohl bekannt ist, daß weder Umweltauflagen noch Beteiligungen die Verfahren verzögern

Wir sind für jede Form der Beschleunigung, die auf Entbürokratisierung hinausläuft ... Ich möchte allerdings schon jetzt dafür plädieren, daß die Umweltverbände keine Verweigerungsstrategie fahren, sondern eigene Vorschläge für eine Beschleunigung der Verfahren, ohne Einschränkung von Bürgerrechten vorlegen sollten.

Reinhard Loske vom Wuppertal-Institut am 12.10.96 in der taz über die Grünen²²

Akzeptiert, aber profitlos? ... Sie beanspruchen Realitätssinn für eine Sicht der Dinge, die vielleicht aus aktuellen Nöten oder Interessen verständlich, keineswegs aber durch Fakten gedeckt ist. ... Wenn Ökologie als Politik gedacht wird, dann lassen sich vereinfachend zwei Formen unterscheiden: die Modernisierungs- und die Bewahrungsökologie. Die Agenda der ersteren wird von den Grünen (wie auch von Teilen der Sozialdemokratie) perfekt beherrscht. Stichworte: ökologische Steuerreform, Energieeffizienz, Solarenergie, Dreiliterauto. Es ist in diesen Zeiten nicht das Schlechteste, wenn man seine Politik als modern, technologieorientiert und jobfördernd zugleich präsentieren kann. Zumal wenn das eigene Publikum – die urbanen Mittelschichten – diese Melodie gerne hört. ... Die andere Hälfte ökologischer Politik – das Bewahren – wird bei den Bündnisgrünen, soweit ich erkennen kann, derzeit eher kleingeschrieben: der Erhalt von Bodenproduktivität, Landschaftsvielfalt und der Tier- und Pflanzenwelt, der Einsatz dafür, daß der Welt keine weiteren Wunden geschlagen werden. ... muß man sich natürlich fragen, was von dem originär Grünen bleibt, wenn die Wirkungsgrade von Kraftwerken oder der Benzinverbrauch von Autos wichtiger werden als

das unbedingte (und pragmatische) Eintreten für Lebensinteressen. ... Eine reine "City-Ökologie", die sich im Technischen und in Lifestyle-Trends erschöpft, reicht nicht aus.

Die aktuelle Lage

Wer sich anschaut, was zur Zeit von den Grünen bundesweit an Initiativen vorgebracht wird, erkennt eine beeindruckende Mischung als dem Gedankengut der Nachhaltigkeit und des Neoliberalismus. Grüne treten für die Senkung des Spitzensteuersatzes ein, stimmen in die Kritik an langen Genehmigungsverfahren ein oder stellen die Förderung der Wirtschaft in den Mittelpunkt ihrer Argumentation. Grüne wollen eine effizientere Ressourcenausnutzung, fordern die Umsetzung der Agenda 21 und die Aufstellung "Nationaler Umweltpläne",²³ die vor allem jahrelanges Debattieren statt eines längst möglichen konsequenten Handelns bedeuten würden. Wahrscheinlich ist beim Umweltplan dem schnellen Vorpreschen der Grünen zu verdanken, daß die CDU und Umweltministerin Angela Merkel hier eher zögern. Schließlich soll ja nicht der Verdacht aufkommen, sie könnten eine Idee der Grünen aufgreifen. Ansonsten wäre der Vorschlag der Grünen aber sicher auch in der CDU mehrheitsfähig. Denn: Wer verhandelt, handelt nicht – so lautet ja das allgemeine Motto der Regierungspolitik ... und die UmweltschützerInnen einschließlich der Grünen gehen dem auf den Leim (siehe Kap. 5.1.4).

In vielen Kommunen und Ländern machen sich die Grünen für die Agenda 21 stark, also für ein Werk, das den Ausbau der Atomkraft und der Gentechnik fordert und Diskutierunden ohne Rechte inszeniert. Die Grünen fordern in der Steuerreformdebatte eine Energiesteuer mit weitreichenden Ausnahmen für die Großenergieverbraucher. Nur 20% sollen die ganz großen Verschwender zahlen, dafür aber die Lohnnebenkosten in vollem Umfang gesenkt bekommen, so daß sie am Ende besser dastehen als viele kleine und umweltfreundliche Betriebe. Mit diesem Vorschlag profilieren sich die Grünen als Freund der deutschen Wirtschaft. Ihre Hoffnung mag sein, die F.D.P. zu beerben: Der ökologische Neoliberalismus ist das Ziel der grünen Realos.

Ganz ähnlich den Umweltschutzverbänden hat sich das Verhältnis der grünen Jugendverbände zur Gesamtpartei verändert. Von den Jüngeren kommen inzwischen die weitreichendsten Vorschläge für eine industriefreundliche Politik. Der Parteinachwuchs hat die Gründung und früheren Ziele der Grünen und deren Verhältnis zu außerparlamentarischen Bewegungen nicht miterlebt. Die jungen Grünen treten in eine ganz normale Partei ein und wollen ganz normale Politik machen. Die vom "jüngsten Bundestagsabgeordneten aller Zeiten" (Matthias Berninger) angeführte Neoliberalengruppe im Grün-alternativen Jugendbündnis (GAJB) entwarf das Papier "STAA/rT 21", in dem der ökologische Neoliberalismus zum Programm der Grünen gemacht werden soll. Das Papier stieß auf deutliche Kritik innerhalb der Grünen und der grünen Jugendverbände.²⁴ Dennoch dürfte als sicher gelten: Auch in den Grünen werden sich diese angepaßten Kräfte und die "Öko-Yuppies" durchsetzen.

Im Original: Auszüge aus einem Gespräch von Matthias Berninger mit der Zeitschrift "natur" 5/95 (S. 93-95)

Auch hat sich unsere Rolle vom Bürgerschreck zum Motor von Reformpolitik gewandelt. ... Ich bin froh, daß wir Grünen nicht mehr den ordnungspolitischen Zeigefinger hochhalten und der Industrie sagen: Ihr müßt die Umwelt schützen. Die wird sich erst dann ökologisch verhalten, wenn es sich rechnet. ...

Auszug aus dem Entwurf für das Wahlprogramm für 1998 von Bündnis 90/Die Grünen (Teil "Ökologisch Wirtschaften"), die Agenda ist im dritten Entwurf wieder gestrichen

Wir machen uns deshalb für die Förderung und Umsetzung lokaler Agenda-21-Prozesse stark. ... Bündnis 90/Die Grünen fordern deshalb einen Nationalen Umweltplan. Er soll alle gesellschaftlichen Gruppen an einen Tisch bringen.

Auszug aus einer Einladung zur Wahlkampfveranstaltung am 20.2.1998 in Oldenburg unter dem Thema "Agenda 21 auf dem Weg in ein neues Jahrtausend"

Bündnis 90/Die Grünen wollen mit dieser Veranstaltung aufzeigen, wie das Land Niedersachsen zukunftsfähige Politik im Sinne der Agenda 21 gestalten kann.

Auszug aus einem gemeinsamen Antrag von PDS und Grünen zur Einsetzung einer Enquete-Kommission "Zukunftsfähiges Berlin" (vom 11.2.1998)

Mit der Enquete-Kommission soll der bislang sehr schleppend verlaufende Prozeß der Erarbeitung einer "Lokalen Agenda 21 für Berlin" forciert werden. ...

Ein bemerkenswerter Kreis sind die FreiwirtschaftlerInnen (siehe Kap. 3.7) bei den Grünen. Unter dem Titel "Liberalsozialer Arbeitskreis" haben sich einige Grünen-Mitglieder zusammengefunden, ohne daß ihre Gruppe jemals von den Grünen offiziell anerkannt wurden. Sie gestalten regelmäßig zusammen mit Personen wie Helmut Creutz, die auch in rechtsextremen Gruppen aktiv sind, die Zeitung "Alternative 2000", führen Veranstaltungen durch und bringen immer wieder Anträge in Grünenversammlungen ein. Der dem liberalsozialen Arbeitskreis angehörende Michael Rost ist Pressesprecher der Fraktion B'90/Grüne in Sachsen-Anhalt.

3.10.2 Die ÖDP²⁵

Ohne die Grünen wäre die ÖDP, die Ökologisch-Demokratische Partei, nicht denkbar. Ihre Vorläufer gehen sogar auf die Zeit vor den Grünen zurück, denn es waren vor allem die konservativen Kreise um Herbert Gruhl, dem ehemaligen CDU-Bundestagsabgeordneten, die die Gründung einer umweltschutzorientierten Partei vorantrieben. Sie versuchten das Mitte der 70er Jahre im BUND. Gruhl war ein Jahr Bundesvorsitzender und plante, von dort, den BUND zu einer Partei zu machen oder mit Hilfe des BUND eine Partei aufzubauen, z.B. in Kooperation mit der vor allem in Bayern starken Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD). Gruhl scheiterte im BUND, nahm die Mitgliederkartei mit, gründete mit dieser die Grüne Aktion Zukunft (GAZ) und schließlich in einem breiteren Bündnis die Grünen (siehe Kap. 3.2.1 und 3.10.1). Lange hielten es Konservative und Linke dort aber nicht zusammen aus, Gruhl und das konservative Umfeld verließen die Partei. Ende 1981 bereits erfolgt die Gründung der ÖDP, im Frühjahr 1982 wurde die Satzung beschlossen. Stellvertreter des Vorsitzenden Gruhl wurde Baldur Springmann. Mehrfach in Ämtern der ÖDP fanden sich Mitglieder des Weltbund zum Schutze des Lebens. So war Werner Georg Haverbeck, der rechts-

extreme Führer des WSL, ebenso Mitglied des beratenden "Ökologischen Rates" wie Joachim Illies und Konrad Buchwald²⁶ zwei ebenfalls in braunen Kreises aktive Wissenschaftler. Buchwald wurde später auch Mitglied des Bundesvorstand und Spitzenkandidat des ÖDP-Ablegers "Die Weißen" in Niedersachsen.

Das Profil der Partei war entsprechend konservativ bis rechtsgerichtet. Neben einem in Umweltschutzfragen recht radikalen Programm fanden sich bei den Menschenrechten klassische Forderungen aus dem rechten Spektrum: Begrenzung der AsylbewerberInnenzahlen, Schutz des ungeborenen Lebens durch Einschränkung der Selbstbestimmung von Frauen usw. In Äußerungen außerhalb des offiziellen Parteiramens machten die Spitzenfunktionäre, insbesondere Herbert Gruhl selbst, noch deutlicher, wo sie politisch stehen. Die ÖDP erhielt so Stück für Stück und berechtigterweise den Ruf, eine rechtsextreme Ausrichtung zu haben.

Im Original: Auszüge aus dem 1982 verabschiedeten, inzwischen nicht mehr gültigen Grundsatzprogramm (S. 3)

Abschnitt "Der ganzen Welt und dem Frieden verpflichtet" ... Die Flucht dieser Bevölkerungen in dicht besiedelte Regionen – darunter nach Europa – ist ein ökologisch katastrophaler Vorgang. Da auch Überbevölkerung die ökologischen Grundlagen und den Frieden bedroht, befürworten wir weltweite Maßnahmen zur Familienplanung.

Unter Punkt 2 des 1986 verabschiedeten 10-Punkte-Papieres "Ökologisches Gleichgewicht und Bevölkerungsdichte"²⁷

Die Bundesrepublik gehört zu den am dichtesten besiedelten Ländern der Erde und kann aus diesem Grunde mit Sicherheit kein Einwanderungsland sein. Störung des ökologischen Gleichgewichts und die Zerstörung natürlicher Lebensräume gehen mit der Bevölkerungsdichte Hand in Hand. Der positive Effekt einer Entlastung der Bevölkerungsdichte durch Verminderung der Geburten darf aber auch nicht durch Zuwanderung von außen wieder beseitigt werden.

Die klaren, rechten Positionen und Kontakte führten zu heftiger Kritik in der Öffentlichkeit, aber auch zu parteiinternen Auseinandersetzungen. Bemerkenswerterweise wuchs die Zahl derer, die die Bundesführung wegen ihrer rechten Positionen angriff, an und erreichte 1989 die Mehrheit. Der Bundesparteitag im Februar in Saarbrücken fällten einen Abgrenzungsbeschluss zu rechten Gruppen und Positionen. Herbert Gruhl hatte diesen Beschluss nachdrücklich bekämpft und verloren. Nach dem Beschluss schieden viele aktive Rechte aus der ÖDP aus. Einige wechselten zu den Republikanern, andere, darunter wiederum Herbert Gruhl und Baldur Springmann, gründeten die Unabhängigen Ökologen Deutschlands,²⁵ die nicht mehr als Partei arbeiteten, aber nun ungeschönt rechte Positionen vertraten und versuchten, über Kooperationen und Öffentlichkeitsarbeit rechtes Gedankengut zu verbreiten (siehe Kap. 3.8). Innerhalb der ÖDP kam es nach dem Abgrenzungsbeschluss noch zu einigen vergeblichen Versuchen, rechte Ideologien wieder zu stärken und den Trend umzudrehen. Die Versuche aber scheiterten meist. Dennoch gab es in der ÖDP auch weiter z.B. Stimmen gegen die Selbstbestimmung der Frauen in Sachen Schwangerschaftsabbruch.

Im Original: Auszug aus dem Beschluss zur Abgrenzung von rechten Gruppen

Wer im Bereich der Republikaner oder gar der NPD oder DVU für uns werben wollte, müßte

Positionen vertreten, die unserem Grundsatzprogramm fremd sind. ... Ein Parteimitglied, das die Themen Nationalbewußtsein, Patriotismus oder Deutschtum zu politischen Schwerpunkten macht, handelt nicht nach dem Grundsatzprogramm der ÖDP. Er gibt vielmehr diesen Themen einen ähnlichen Rang wie die Rechtsparteien. Damit entstellt es das Bild der ÖDP in der Öffentlichkeit und fügt ihr großen Schaden zu. Ein solches Mitglied sollte sich eine politische Heimat außerhalb der ÖDP suchen.

Durch den Austritt maßgeblicher Rechter, durch den Sprung in Kommunalparlamente vor allem in Bayern, durch die Beteiligung an Bündnisaktivitäten im Umweltschutz oder in der Weltwirtschaftspolitik nahm die ÖDP in den 90er Jahren immer mehr eine Position in der politischen Mitte ein. Sie näherte sich damit auch den Grünen an, die in den 80er Jahren vor allem linke Positionen vertrat und sich von dort in die Mitte bewegt hat. Gäbe es nicht die unterschiedliche Geschichte und weiterhin den Vorwurf rechtsextremer Gedanken und Ziele an die ÖDP, einer Fusion stände sicher wenig im Weg.

Unklar ist, wieweit noch immer rechte Kreise in der ÖDP aktiv sind bzw. welchen Einfluß sie auf die tatsächliche Politik haben. Die ÖDP verfolgt nach wie vor keine emanzipatorische Politik, mit "linken" Gruppen kommt es nur dann zu Übereinstimmungen, wenn der Blick ausschließlich auf Sachfragen des Umweltschutzes gelenkt wird oder die Umweltschutzgruppen selbst die Frage der Menschenrechte und der Gleichberechtigung ausblenden, was ja bei den etablierten Verbänden und auch bei den Grünen immer häufiger geschieht. Die ÖDP ist bündnisfähiger geworden, weil sie selbst rechtes Gedankengut abgelegt oder besser verborgen hat, und weil die BündnispartnerInnen aus den Umweltverbänden und bei den Grünen sich konservativen oder bürgerlichen Positionen angenähert haben. Die Folgen sind klar: Solange die ÖDP politisch im Geschäft bleibt, wird ihr Einfluß auf die Umweltbewegung größer werden, denn der Mangel an politischen Positionen in der Umweltbewegung macht es allen leichter, die früher an klaren Abgrenzungskriterien scheiterten. Wahrscheinlich wird sich durch eine vermehrte Beteiligung der ÖDP aber keine Verschlechterung politischer Positionen in der Umweltbewegung mehr ergeben. Rechtsextreme Gedanken trägt die ÖDP nicht mehr hinein. Konservatives oder bürgerliches Gedankengut ist in der Umweltbewegung selbst schon vorhanden. Auch in den Parlamenten sind kaum große Veränderungen durch die ÖDP zu erwarten. Ob die ÖDP überhaupt überleben wird, ist offen. Die Grünen haben sich den bürgerlichen Positionen inzwischen soweit angenähert, daß für eine konservativ-ökologische Partei kaum Platz bleibt. Das kann das allmähliche Verschwinden, die Fusion mit den Grünen über Zwischenstadien wie Fraktionsgemeinschaften oder gemeinsame Aktionen nach sich ziehen. Möglich ist aber auch der erneute Versuch, sein Heil in der besseren Unterscheidung zu suchen. Und auf dem rechten Spektrum ist Platz, denn die heillos zerstrittenen Rechtsparteien füllen den durch die politische Orientierungslosigkeit der Gesamtgesellschaft eher größer werdenden Raum für faschistische, esoterisch-biologistische und sonstige rechte Ideen kaum noch aus. Es wird also weiter nötig sein, die Partei daraufhin zu beobachten.

3.10.3 Weitere "Umwelt"parteien

Von Bedeutung in der Umweltbewegung ist keine weitere Partei mehr. Hinzuweisen ist, daß es im Spektrum, das vereinfacht als "Die Grünen" wahrgenommen wird, einige Gruppen und Wählergemeinschaften auf regionaler Ebene gibt, die zwar so oder ähnlich heißen, aber nicht tatsächliche Untergliederung der Bundespartei der Grünen sind. Tatsächlich haben sie aber meist ähnliche Programme. In einigen Fällen gibt es Abweichungen, vor allem in Richtung einer bewußt linken Politik, dann meist unter Begriffen wie "Bunte Liste" oder "Alternative Liste". Bedeutend war die Abspaltung und Gründung der "Ökologischen Linken". Unter Führung von Jutta Dittfurth und wenigen weiteren Personen aus dem engeren Kreis um Jutta Dittfurth kam es 1990/91 zu spektakulären Auseinandersetzungen, in deren Verlauf eine größere Anzahl von Grünen-Mitgliedern die Partei verließ und in zwei aufeinanderfolgenden Kongressen eine neue Partei gründete. Dabei war zunächst umstritten, ob die neue Organisation eine Partei oder eine linke Bewegung werden sollte. An der Gründung beteiligten sich auch aktive Personen aus linken Gruppen, in Bonn und Berlin entstanden durch diese schnell Basisinitiativen der Ökologischen Linken. Dittfurth und Umfeld aber hatten kein Interesse an offenen Strukturen und drückten mit dirigistischen Methoden ihren Stil durch. Bei der Gründungsversammlung erhielten nur die Stimmrecht, die über die Adresse von Jutta Dittfurth Mitglied geworden waren (obwohl gerade bei Gründungsversammlungen formal alle Stimmrecht haben müßten). Vor allem die schon bestehenden Basisgruppen waren damit stimmrechtslos geworden, denn sie hatten sich längst intern organisiert und warben Mitglieder über eigene Kontaktadressen. KritikerInnen am von Dittfurth geplanten, zentralistischen Organisationsmodell wurden als von der SPD bezahlte Spitzel zur Verhinderung einer neuen Partei oder als "anarchotrotzkistische Revisionisten" beschimpft.²⁸ Nachdem eine knappe Mehrheit der Stimmberechtigten einem zentralistischen Organisationsmodell zustimmten, verließen ca. 40 Prozent der Anwesenden den Raum. Sie diskutierten über die Gründung eines linken Aktionsbündnisses, zwei Kongresse in Berlin (13.-15.2.1992) und Halle folgten, jedoch reichte die Kraft nicht, um gemeinsame Aktivitäten zu entfalten, zudem versuchten auch in diesem neuen Bündnis wieder einzelne Personen, die Macht an sich zu reißen und bekämpften die, die sich für bewußt offene Strukturen aussprachen.²⁹

Im Original: Auszüge aus dem Gegenantrag verschiedener Projektwerkstätten bei der Gründung der Ökologischen Linken

Wer etwas anderes will, muß auch etwas anderes machen! ... Der Satzungsentwurf der ÖkoLi/AL baut starke Hierarchien und Bürokratie auf. Die Satzung ist vollständig neu zu fassen, damit tatsächlich ein Netzwerk der mit gleichen Ideen arbeitenden Initiativen entstehen kann, das viele Möglichkeiten der Tätigkeitsbereiche aufweist, unter denen einer der der Partei- und Parlamentsarbeit ist.

Mit dem Beschluß der Parteigründung in zentralistischen Strukturen schnitten sich die Ökologischen Linken selbst von möglichen UnterstützerInnen ab und wurden schnell zu einer bedeutungslosen Randgruppe. Einzelne Versuche, als Partei auf

Stimmenfang zu gehen, scheiterten, z.B. in Frankfurt gemeinsam mit der PDS. Einzig die Zeitung "ÖkoLinX" konnte als kritische Stimme in der linken und in der Umweltbewegung eine gewisse Bedeutung erlangen. Jutta Dittfurth selbst blieb als Buchautorin und Referentin begehrt, konnte darüber auch Menschen erreichen, Zuwächse für die Ökologischen Linken gab es aber kaum. Spaltungen auch nach erfolgter Gründung standen dem gegenüber. Das kritische Spektrum, das Jutta Dittfurth mit ihrer wichtigen und radikalen Kritik ansprach, war offenbar nicht bereit, sich in hierarchistische Strukturen einbinden zu lassen.

Wenn die Strukturen der Ökologischen Linken weiterhin so stark von dem abweichen, was aus Sicht einer emanzipatorischen Politik³⁰ sinnvoll wäre, wird die Partei erfolglos bleiben. Schade ist, daß damit auch Jutta Dittfurth mit ihren politischen Analysen und ihrer harten Kritik an der Positionslosigkeit der Umweltbewegung nur noch von wenigen wahrgenommen wird. Ihre Positionen wären für die Debatte wichtig. Ihre Inkonsequenz steht ihr selbst im Weg.

Im Original: Auszüge aus der Schrift "Was Sie schon immer über das Scheitern der Ökologischen Linken wissen wollten, aber Jutta Dittfurth nicht zu fragen wagten!" von etlichen Ex-ÖkoLi-FunktionärInnen vor allem aus dem LandessprecherInnenrat in Hessen³¹

In der Ökologischen Linken wird seit ihrer Gründung durch die informelle Machtzentrale um Jutta Dittfurth und Manfred Zieran jeder Versuch einer pluralen Diskussion linksradikaler Ansätze im Keim erstickt. ... Entgegen allem Gerede von Basisdemokratie, mit dem zu Recht die GRÜNEN kritisiert worden waren, setzt die Parteiführungsoligarchie um Jutta Dittfurth, Manfred Zieran und Jan Kuhnert strikte Hierarchisierung durch. ... Die ÖkoLi ist die ideale Verbindung von leninistischen Strukturen und basisdemokratischen Gerede. ... Ihre Massensorientierung, das Schielen nach der PDS bei gleichzeitiger Ausgrenzung von linksradikalen Debatten

...

Es hat einige weitere Gründungen von Parteien mit ökologischer Zielrichtung gegeben, aber nie mit überregionalem Erfolg. Eine nähere Betrachtung erfolgt daher hier nicht.

Quellen zu 3.10

- 1 Etliche Parteiprogramme auf Bundes-, Landes- oder kommunaler Ebene enthalten den Punkt Umweltschutz gar nicht mehr oder nur als Absatz in anderen Hauptkapiteln. In die gleiche Richtung zielt die Auflösung von Umweltministerien in Bundesländern (sowohl bei CDU-Regierungen wie in Thüringen als auch bei SPD/Grünen wie in Hessen), von Umweltausschüssen sowie die Streichung von Umweltbeauftragtenstellen.
- 2 Tatsächlich gibt es diesen Zusammenhang kaum. Arbeitsplätze werden seit einiger Zeit dort am stärksten freigesetzt, wo die Gewinne am höchsten sind. Gerade die großen, modernen Industriezweige (Chemie, Auto usw.) setzen ihre finanzielle Kraft in Rationalisierung ein, d.h. in den Abbau von Arbeitsplätzen. Arbeitsplatzintensiv sind dagegen Dienstleistungsgewerbe, regionale Kreislaufwirtschaften und die bäuerliche Landwirtschaft. Wenn von Wirtschaftsförderung geredet wird, sind die allerdings nicht gemeint.
- 3 Quellen zur Geschichte der Grünen: **Richard Meng, 1993, "Links der Mitte"**, Schüren, Marburg. **Joachim Raschke, 1991, "Krise der Grünen"**, Schüren, Marburg. **Günter Olzog/Hans-J. Liese, 1989, "Die politischen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland"**, Olzog, München.
- 4 Zum Vergleich: Der BUND war zur Zeit der Anti-Atom-Kämpfe noch gar nicht bundesweit existent und äußerte sich 1969 positiv zur Kernenergie; über die Grünen redete noch keineR.
- 5 Diese Idee ist quasi eine Öko-Variante der (ebenfalls gescheiterten) Überlegung der 68er-Bewegung, über die Mitwirkung in Gremien und Verwaltungen die Gesellschaft zu verändern.
- 6 **Georg Otto, 1997, "Es begann vor 20 Jahren"**, in: Alternative 2000 Nr. 22 (S. 6).
- 7 Gewählt einige Monate nach der Gründung als Nachfolger des ebenfalls rechtslastigen Bodo Manstein.

- 8 Erst nach den bundesweiten Wahlerfolgen kam es zur Vereinheitlichung, weil Parteien, die der Gesamtpartei nicht angehörten, weniger Finanzmittel hatten, kaum noch überregionales Medienecho fanden und daher auch kaum Wahlchancen hatten.
- 9 Sogar die Nazis hatten eine solche Ideologie, schufen das erste Naturschutzgesetz und setzten Behörden ein, die die Landschaft bewahren sollten. Der Schutz der Natur paßte zum völkisch-heimatbezogenen Begriff des Vaterlandes.
- 10 Weder die Rechten um Herbert Gruhl noch die Realos mit Joschka Fischer als Spitzenfigur oder die Linken mit Jutta Ditfurth waren darum bemüht, die Grünen weiter als Teil der hauptsächlich außerparlamentarischen Opposition zu sehen. Alle waren auf die Parlamente fixiert.
- 11 Erfolge verändern Image. Die Grünen wurden zu einer attraktiven Partei mit eigener Anziehungskraft auf politisch interessierte Menschen und auf KarrieristInnen. Statt, wie in der Gründungszeit, die aktiven Mitglieder vor allem aus Bls und anderen Umweltgruppen zu gewinnen, entstand nun eine eigene Parteilinie ohne Bezug zu außerparlamentarischen Gruppen, weil die neuen Mitglieder diese Arbeitsform nicht mehr selbst kannten.
- 12 Kaum eine andere der etablierten Bundesparteien hat eine so unumschränkt herrschende Führungsfigur wie die Grünen. Kritik an ihm ist seit etlichen Jahren nur noch auf Basisversammlungen laut geworden, die Fraktion im Bundestag tritt seit Jahren bemerkenswert geschlossen auf.
- 13 Wer Mitglied in einer Fraktion ist, kann nicht auf der selben Ebene (Bund, Land, Kreis, Gemeinde) im Vorstand der Grünen tätig sein. Dadurch soll eine Unabhängigkeit der Partei von den Fraktionen erreicht werden.
- 14 Quellen zur Ostgeschichte: Mündliche Mitteilungen von MandatsträgerInnen in Ostländern.
- 15 So der BUND-Bundesverband zur SPD, der bayrische BN zur CSU (bis 1986). Im DNR saßen mit dem Präsidenten Engelhardt (CSU) und Vize Reinhard Sander (SPD) ebenfalls Mitglieder anderer Parteien.
- 16 Die Aussage führte zum Ausstieg von Prof. Bernhard Grzimek aus dem DNR. Quelle: **"natur" 6/83**, S. 37.
- 17 Seit Herbst 1997 ist der grüne Hubert Wimper Polizeipräsident von Münster, zuständig auch für Ahaus.
- 18 Die Grünen in Hessen, schon seit Mitte der 80er Jahre an der Macht beteiligt, machen alle typischen Stufen der Etablierung durch. Nach der schnellen Ausrichtung auf die "Realpolitik" (erster grüner Minister wurde 1986 der "Oberrealo" Joschka Fischer unter Ministerpräsident Holger Börner, der wenige Jahre davon noch mit dem Durchprügeln der Startbahn West zur Entstehung der Grünen beigetragen hatte) sitzen sie seit 1991 fest in Regierungsämtern, seit 1995 sogar in einem der zentralen Ministerien (Justizminister Rupert von Plottnitz). Seit Anfang der 90er Jahre betreiben die Grünen Filzpolitik, d.h. sie sorgen dafür, daß ParteifreundInnen auf leitende Verwaltungsstellen kommen. Mitte bis Ende der 90er Jahre mußten dann zweimal grüne Ministerinnen (Iris Blaul und Margerethe Nimsch) zurücktreten, weil sie klassische Vetternwirtschaft betrieben hatten. Die nächste Stufe wird sein: Sie werden lernen, das so zu tun, daß es nicht auffällt.
- 19 Bemerkenswert ist das Datum. Fischer war schon 1992 nicht mehr auf konsequentem Ausstiegskurs.
- 20 Zusammenfassung in: **KGV-Rundbrief 4/94**, S. 22-28.
- 21 Redetext als **Pressemitteilung der CDU/CSU-Fraktion vom 19.9.1997**.
- 22 Loske ist aussichtsreicher Kandidat auf der Liste der Grünen für die Bundestagswahl 1998.
- 23 Siehe u.a.: **"Wörlitzer Erklärung zum Klima und Umweltschutz"** (verabschiedet von der Bundestagsfraktion am 10.1.1991), in: P11, Januar 1997. Anträge zum Bundestag, **Drucksache 13/7783**. Zudem ist festzustellen, daß in rot-grünen Ländern oder Kommunen die Agenda-Arbeit besonders stark vorangetrieben wird.
- 24 Als Gegenpapier erschien **"75 junge Grüne für das alternative 21. Jahrhundert"**. Quelle für beide: CL-Brett Grüne-Jugend.
- 25 **Oliver Geden, 1996, "Rechte Ökologie"**, Verlag Die Werkstatt, Göttingen (S. 83-105). **Raimund Hethey/Peter Kratz, 1991, "In bester Gesellschaft"**, Verlag Die Werkstatt, Göttingen (S. 135-139).
- 26 Illies ist auch Unterzeichner ökologisch-rassistischen Heidelberger Manifestes (siehe **"Rechte Ökologie"**, S. 84). Konrad Buchwald war lange Jahre Vorsitzender des BUND in Niedersachsen (siehe Kap. 3.2.1).
- 27 Siehe in **"Rechte Ökologie"**, S. 85.
- 28 Insgesamt reagierten die Führungspersonen der ÖkoLi ständig mit Beschimpfungen auf Kritik. Zweifel daran, ob es richtig sei, daß eine Angestellte einer Rüstungsfirma im Bundesvorstand einen Platz erhalten sollte, konterte Manfred Zieran (Lebensgefährte von Jutta Ditfurth und engster Mit-Drahtzieher der Partei) mit den Worten: "Ihr seid doch auch in der Krankenkasse, Ihr Schweine".
- 29 Die Treffen fanden unter dem Titel "Bundesweites Arbeitstreffen basisdemokratischer, radikalökologischer, feministischer, antistaatlicher, antirassistischer, antikapitalistischer Projekte, Initiativen und Einzelpersonen" statt. Dominant trat vor allem Katina Schubert von der Ökologischen Linken in Bonn auf, die sich mehrfach für die Ausgrenzung anwesender Personen aussprach.
- 30 Eine Politik, die Jutta Ditfurth selbst immer einfordert, aber mit ihrer Organisationsstruktur mit Füßen tritt.
- 31 Von Carsten Gerlt, Gaby Bolte, Heidi Lankisch, Jens Christian Müller, Karsten Schneider, Manon Tuckfeld und Rosmarie Fischer (ohne Datum).